N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.03.2025

öffentlich

Ort:	**Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),**
Zeit:	**16:30 Uhr bis 19:10 Uhr**
Anwesenheit:	**siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder

Ute Haupt, Vorsitzende	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Olaf Schöder	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Guido Haak	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Katharina Kohl	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Annette Kreutzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr.med. Detlef Wend	Volt/MitBürger
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Marcel Funk	Sachkundiger Einwohner , Teilnahme bis 17.45 Uhr
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner
Frederike Horn	Sachkundige Einwohnerin
Sarah Labusga	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme ab 16.57 Uhr
Sabrina Otto	Sachkundige Einwohnerin
Martin Thiele	Sachkundiger Einwohner
Olga Tidde	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Daniela Suchantke	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit
Sabine Ernst	Leiterin Fachbereich Soziales
Sophia Waldowski	Stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Kathrin Jäger	Suchtkoordinatorin
Steve Müller	Abteilungsleiter Soziale Hilfen
Jan Kaltofen	Geschäftsführer Jobcenter Halle
Dipl.-Med. Peter Jeschke	Facharzt für Neurologie und Psychiatrie
Thomas Schied	Stadtrat

Entschuldigt fehlten:

Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Ina Schneegans	Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt machte auf folgende Änderung aufmerksam:

TOP 6.3
Antrag des Stadtrates Thomas Schied zum Verbot von Cannabis und Alkohol auf Kinder- und Familienfesten
Vorlage: VIII/2025/00730
➔ **Änderung des Beschlussvorschlags**

Es gab keine Wortmeldungen. Somit bat **Frau Haupt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.02.2025

5. Beschlussvorlagen

5.1. Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VIII/2025/00765

5.2. Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit (Förderrichtlinie Soziales und Gesundheit)
Vorlage: VIII/2025/00759

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6.1. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung einer Wohnungstauschbörse
Vorlage: VIII/2025/00749

6.2. Antrag der Fraktionen FDP/FREIE WÄHLER, Volt / MitBürger, Die Linke, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bewerbung als Modellregion zur kontrollierten Abgabe von Cannabis
Vorlage: VIII/2025/00739

6.3. Antrag des Stadtrates Thomas Schied zum Verbot von Cannabis und Alkohol auf Kinder- und Familienfesten
Vorlage: VIII/2025/00730

7. Mitteilungen

7.1. Jahresplanung 2025
Vorlage: VIII/2025/00892

7.2. Berichterstattung Jobcenter zum Arbeitsmarkt, Bildung und Teilhabe etc.

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8.1. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zum Gewaltschutz für Frauen in Halle
Vorlage: VIII/2025/00884

9. Anregungen

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.02.2025

11. Beschlussvorlagen

12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

13. Mitteilungen

14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.02.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 11.02.2025. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Beschlussvorlagen

---

zu 5.1 Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VIII/2025/00765

Frau Brederlow führte in den Antrag ein und erklärte, dass in einer Sitzung des Stadtrates im Jahr 2024 ein Beschluss gefasst wurde, in welchem Umfang die Suchtberatung zu fördern ist. In der Beschlussvorlage ist ersichtlich, welche Zuschüsse vom Land beschieden wurden. Die Umsetzung erfolgte gemäß dem Beschluss.
Sie wies darauf hin, dass es zwei Suchtpräventionskräfte gibt.

Herr Dr. Wend bedankte sich zuerst für die Unterstützung der SPD. Anschließend fragte er, ob die Summe für die zweite Präventionsfachkraft nicht vollständig ausgeschöpft wird, da die Stelle nicht voll besetzt ist.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass die Stadtmission, wo die Suchtpräventionskräfte angesiedelt sind, die Absicht hat, eine zweite Person einzustellen. Die Förderung des Landes erfolgt nur für die Zeit der tatsächlichen Beschäftigung der Fachkraft.

Herr Dr. Bergner fragte, wie die Eingliederungsmaßnahmen bilanziert werden.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass sie derzeit keine Zahlen nennen kann. In den jährlich stattfindenden Auswertungs- und Tendenzgesprächen ist das immer eine Thematik. Es gibt Kooperationsvereinbarungen mit den Suchtberatungsstellen und dem Jobcenter und dort ist klar definiert, dass bei Vermittlungshemmnis Sucht entsprechende Maßnahmen einzuleiten sind und die Suchtberatungsstellen als aufsuchende Hilfe für die Betroffenen empfohlen werden. Optimalerweise soll mit einem Dokument hantiert werden, was mitunter schwierig ist. Zahlenmäßig lässt es sich schlecht belegen. Zu den Kooperationsvereinbarungen finden jährliche Austauschgespräche statt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt die Förderung der Angebote von Trägern der Suchtberatungsstellen in Höhe von 1.088.667,55 Euro gemäß Anlage 1.

zu 5.2 Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit (Förderrichtlinie Soziales und Gesundheit)
Vorlage: VIII/2025/00759

Frau Haupt wies auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA und auf Einzelpunktabstimmung hin.

Frau Brederlow erklärte, dass sich die Förderungen auf die Pflichtleistungen und die freiwilligen Leistungen aufteilen. Sie machte darauf aufmerksam, dass bei Änderungsbedarf nur von dem freiwilligen in den pflichtigen Bereich übertragen werden kann, nicht aber von dem pflichtigen in den freiwilligen Bereich.

Herr Müller führte anhand der Präsentation in den Antrag ein. Diese ist als Anlage Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Dr. Wend fragte, wofür die übrigen Mittel ausgegeben werden.

Herr Müller antwortete, dass diese Mittel für weitere Pflichtleistungen eingesetzt werden, wie zum Beispiel Beratung und Betreuung.

Es gab keine weiteren Fragen zu den Ausführungen, somit bat **Frau Haupt** um Einzelpunktabstimmung.

Abstimmungsergebnis: **Einzelpunktabstimmung**

Pflichtleistungen

a) Zielgruppe Obdachlosigkeit

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**
Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA
Herr Hemming

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

b) Zielgruppe Kranke/Behinderte/Mittellose

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**
Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA Herr Thiele

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

c) Zielgruppe Ratsarbeit

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

d) Zielgruppe Seniorinnen und Senioren

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

e) Selbsthilfekontaktstelle

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

f) Zielgruppe sucht- und psychisch kranke Menschen

Herr Haak sagte, dass bei der Begegnungsstätte Labyrinth bei den Personalkosten die Gehälter angepasst wurden, die vorher nicht konform waren. Er fragte, in wie weit die Stadtverwaltung die Möglichkeiten hat, dem perspektivisch entgegenzuwirken, damit das Beratungsnagebot nicht reduziert werden muss.

Frau Brederlow antwortete, dass es Aufgabe des Trägers ist, weitere Mittel zu akquirieren. Die Stadtverwaltung hat keine weiteren Möglichkeiten. Der Träger wird bereits seit drei Jahren gefördert und im letzten und im laufendem Jahr fand eine Erhöhung der Mittel statt, aber nicht in dem Maß, wie der Träger es beantragt hat. Eine Änderung könne nur zu Lasten eines Träger im freiwilligen Bereich erfolgen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

g) Zielgruppe Schuldnerberatungen

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

Freiwillige Leistungen

a) Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**
Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA Frau Haupt

b) Zielgruppe Kranke/ Behinderte/ Mittellose

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

c) Zielgruppe Sozialraumorientierte und bürgerschaftliche Selbsthilfe

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

d) Zielgruppe Seniorinnen und Senioren

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**
Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA Frau Haupt

e) Zielgruppe Obdachlosigkeit

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt

1. die Verteilung der Haushaltsmittel für die Förderung der Angebote der Träger für Projekte im pflichtigen Bereich in Höhe von 1.445.238,00 € unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2025 gemäß Anlage 1 und 2.

2. die Verteilung der Haushaltsmittel für die Förderung der Angebote der Träger für Projekte im freiwilligen Bereich in Höhe von 574.000,00 € unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2025 gemäß Anlage 3.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung einer Wohnungstauschbörse Vorlage: VIII/2025/00749

Herr Dr. Wend führte in den Antrag ein. Er sagte, in unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensalter hat man unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse was Wohnraum angeht. Er befürwortet die Idee eines Austausches über diese Bedürfnisse und wünscht sich eine öffentliche Organisation. Er bat um Unterstützung für den Antrag.

Herr Schachtschneider sagte, dass solch eine Tauschbörse viel Pflege benötigt. Er sieht die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung in der Stadt Halle nicht.

Herr Dr. Wend erwiderte, dass der Hinweis, dass es das auch in anderen Städten gibt, als Anregung verstanden werden kann. Er verweis nochmal auf die Möglichkeit des Austausches für wohnungssuchende Personen.

Frau Kohl bestätigte nochmal die Notwendigkeit einer solchen Tauschbörse, da es für Familien problematisch ist, größere Wohnungen zu einem erschwinglichen Mietpreis zu finden. Sie fragte, ob es die Möglichkeit gibt, mit den Wohnungsgenossenschaften zu sprechen, ob sie unterstützen können.

Frau Brederlow antwortete, es ginge nicht um preiswerten Wohnraum. Sie verwies auf die Beratungsangebote der kommunalen Wohnungsgenossenschaften.

Herr Dr. Bergner sagte, dass die Antragssteller jeder Begründung schuldig bleiben, weshalb eine städtisch organisierte Tauschbörse einen Zusatznutzen gegenüber den vorhandenen Portalen hat.

Frau Tidde fragte nach der Art des Portals.

Herr Dr. Wend sagte, dass noch nicht geklärt ist, in welcher Art es die Tauschbörse geben wird. Eine nicht-digitale Umsetzung ist unwahrscheinlich.

Frau Dr. Kreutzfeldt gibt zu bedenken, dass die Probleme, die damit gelöst werden sollen, nicht angegangen werden können. Es entsteht nicht mehr Wohnraum für kinderreiche Familien.

Herr Vierkant bemängelte den sinnlosen Verbrauch von Personal und finanziellen Ressourcen angekoppelt werden.

Frau Haupt erteilt Herrn Schied das Wort.

Herr Schied sagte, dass es für kinderreiche Familien nicht leicht ist, eine Wohnung zu finden. Meist ist es für ältere Menschen auch nicht preiswerter in kleinere Wohnungen zu ziehen. Er befürwortet die Begleitung der Stadt, um das Thema öffentlich zu machen. Eine reine Tauschbörse ist nicht zielführend. Er regt eine Zusammenarbeit mit der Sozialarbeit in diesem Thema an.

Herr Schmidt berichtete über eine Einwohnerinnenfrage zum Thema Wohnungssuche und gibt an, dass die Suchfunktion bei den städtischen Wohnungsgenossenschaften sehr gut funktioniert.

Herr Schachtschneider sagte, dass auch der Vermieter mit dem neuen Mieter einverstanden sein muss, sodass ein Wohnungstausch gar nicht so einfach sei. Der Verwaltungsaufwand ist zu groß.

Herr Schöder schlug vor, bei den Wohnungsgenossenschaften anzufragen, ob die Umsetzung durch sie möglich ist. Die Begründung in dem Antrag ist nicht zufriedenstellend.

Frau Haupt sagte, dass die Umsetzung einer solchen Tauschbörse aktuell nicht geeignet erscheint.

Es gab keine weiteren Fragen, somit bat **Frau Haupt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse zu prüfen und ggf. als neue Maßnahme bei einer Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle (Saale) zu berücksichtigen. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Stadtrat spätestens im I. Quartal 2026 vorgelegt.

zu 6.2 Antrag der Fraktionen FDP/FREIE WÄHLER, Volt / MitBürger, Die Linke, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bewerbung als Modellregion zur kontrollierten Abgabe von Cannabis
Vorlage: VIII/2025/00739

Frau Kohl stellte einen Antrag zum Rederecht für **Herrn Dr. Jeschke**.

Frau Haupt bat um Abstimmung. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Frau Krause führte in den Antrag ein. Sie sagte, es ist sinnvoll, die Themen Gesundheitsschutz und die Freiheit gemeinsam zu betrachten. Sie ging auf das Cannabisgesetz des Bundes ein. Dies beinhaltet auch die Entkriminalisierung in gewissen Mengen und die freie Abgabe, die in Modellprojekten erprobt werden sollen. Dabei sind die Regelungen in der entsprechenden Zuständigkeitsverordnung geregelt. Eine solche Modellregion soll keine Vollegalisierung darstellen und Cannabis wird auch nicht verharmlost. Es soll eine Abgabe nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen. Etwa 30 Kommunen in Deutschland haben bereits einen Antrag als Modellregion gestellt. Es gibt bereits Zustimmung in der Wirtschaft und Wissenschaft. Es sollen Erkenntnisse über die Konsumsicherheit durch Qualitätskontrollen gewonnen werden. Gleichzeitig soll eine Schwächung des lokalen Schwarzmarktes stattfinden.

Herr Jeschke sagte, er behandelt als Neurologe und Psychiater Patienten mit medizinischem Cannabis. Er hat aber auch Erfahrungen mit den negativen Auswirkungen des Drogenkonsums gemacht. Er selbst befürwortet die Freigabe von Cannabis für den Eigengebrauch, sieht jedoch mit dem aktuellen Gesetz auch Probleme. Einer kontrollierten Abgabe steht er positiv gegenüber. Durch den unkontrollierten Eigenanbau besteht die

Gefahr, dass nicht einwandfreies Cannabis angebaut und konsumiert wird. Gerade Schimmelpilze bürgen eine hohe Gefahr, ebenso verunreinigtes Cannabis vom Schwarzmarkt. Er plädiert für die Herstellung in Spezialbetrieben. Es besteht ein gutes Netzwerk von Akteuren um als Modellregion zu agieren.

Frau Jäger sagte, dass bereits mehrere große Firmen Anträge gestellt haben und derzeit abwarten, was der neue Koalitionsvertrag bringt. Sie erklärte, dass der Stadtverwaltung immaterielle Kosten entstehen würden.

Frau Brederlow fragte den Antragssteller was passiert, wenn niemand für das Vorhaben gewonnen werden kann.

Herr Bergner sieht die Rechtslage des Cannabisgesetzes als sehr kompliziert und aktuell nicht stabil. Eine Modellregion in Halle empfindet er als überflüssig.

Herr Schachtschneider verwies auf das gute Abgabemodell in Kanada. Er bemängelte, dass in dem Antrag widersprüchliche Angaben gemacht werden, zum Beispiel bei der Abgabe an Jugendliche.

Frau Kohl antwortete, dass in lizensierten Geschäften eine Ausweiskontrolle gemacht werden können um somit eine Abgabe an Minderjährige zu verhindern. Der Verkauf und der Anbau sind weiterhin für Minderjährige nicht gestattet. Was hinter verschlossenen Türen passiert, kann man nicht beeinflussen. Bei einer kontrollierten Herstellung und Abgabe könne man negative Aspekte, wie zum Beispiel Schimmelpilzen, entgegenwirken. Das trägt zum Gesundheitsschutz bei.

Frau Krause sagte, dass die inhaltliche Ausgestaltung der Modellregion der Stadtverwaltung und den Unternehmen und den Forschungseinrichtungen obliegt.
Sollte niemand für das Vorhaben gewonnen werden können, muss man neu über den aktuellen Stand kommunizieren.
Man muss mit dem Gesetzesstand arbeiten, der aktuell gültig ist.
Es ist Tatsache, dass Cannabis auf dem Schwarzmarkt teilweise hochgradig verunreinigt ist, zum Bespiel durch das Besprühen mit Haarspray um es schwerer zu machen. Eine professionelle Herstellung ergibt sauberen Wirkstoff.

Frau Brederlow erwiderte, dass laut Antrag die Stadtverwaltung beauftragt wird, Unternehmen etc. für die Bewerbung zu finden. Sie fragte erneut nach, was passiert, wenn sich niemand findet und warum die Firmen nicht selbständig einen Antrag stellen. Dazu benötigt man nicht die Unterstützung der Stadtverwaltung.

Herr Heinrich sagte, es ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung die Abgabe von Suchtmitteln zu koordinieren und zu regulieren. Er hält die Umsetzung nicht für sinnvoll.

Herr Schmidt sieht die Möglichkeit, dass mit dem Thema entkrampfter umgegangen wird. Er bemängelt jedoch die Kosten, die auf die Stadtverwaltung zukommen würden. Er fragte, warum genau Halle als Vorreiter dabei sein soll.

Frau Kohl erwiderte, dass es in Halle einen positiven wirtschaftlichen Effekt gäbe, da von drei Standorten, die medizinisches Cannabis produzieren, eines in Leuna ist.

Herr Jeschke sagte, dass der Schwarzmarkt aktuell rückläufig ist, was Cannabis betrifft.

Herr Dr. Wend sieht aus kinderärztlicher Sicht die Freigabe von Cannabis kritisch. Er findet es misslich, dass sich dem Projekt so entgegengestellt wird. Es gibt wahrlich noch einige Unklarheiten, die zu klären sind. Er bittet um eine weitere konstruktive Bearbeitung des

Antrages.

Herr Dr. Bergner sagte, dass Gesetze natürlich ständig im Fluss sind, jedoch durch die geänderten Mehrheiten im Bundesregierung eine neue Situation haben. Das Gesetz wird grundsätzlich in Frage gestellt. Insofern spricht das eher für Zurückhaltung. Das Argument des wirtschaftlichen Vorteils ist gegenüber sozialer Anliegen eher als schwach anzusehen.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadtverwaltung nicht grundsätzlich gegen den Antrag ist, jedoch sieht sie sich nicht als Antragsteller.

Herr Dr. Wend sagte, dass man damit ein Signal setzen kann und bittet um Berücksichtigung dieses Aspektes.

Herr Haak äußerte, dass ihn der wirtschaftliche Aspekt in diesem Antrag stört.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, somit bat **Frau Haupt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

~~Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt,~~

~~die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Bewerbung der Stadt Halle (Saale) als Modellregion für die kontrollierte Cannabisabgabe gemäß den Vorgaben des Cannabisgesetzes des Bundes (CanG), konkret § 2 Abs. 4 Konsumcannabisgesetz und der Konsumcannabis-Wissenschafts-Zuständigkeitsverordnung, bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) einzureichen. Der kommerzielle Vertrieb von Cannabis-Blüten soll sowohl in Apotheken als auch in lizensierten Fachgeschäften möglich sein. Die Stadtverwaltung prüft die wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs durch die Martin-Luther-Universität, die kommunal geförderte Suchtpräventionsfachstelle, und etwaiger weiterer einschlägiger Wissenschaftsakteure. Zusätzlich wird ein Runder Tisch eingerichtet, an dem die Suchtkoordinatorin der Stadt Halle, Träger der Drogen- und Suchthilfe sowie Prävention, Gesundheitsamt, Jugendamt, Präventionsrat, Abteilung Allgemeine Ordnungsangelegenheiten / Gewerbe, Ordnungsamt und Polizei vertreten sind.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen für eine Bewerbung als Modellregion für die kontrollierte Cannabisabgabe gemäß den Vorgaben des Cannabisgesetzes des Bundes (CanG), konkret § 2 Abs. 4 Konsumcannabisgesetz und der Konsumcannabis-Wissenschafts-Zuständigkeitsverordnung, zu gewinnen.
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf Erlaubniserteilung für das Forschungsprojekt bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) zu unterstützen.
Zusätzlich wird angeregt, ein Begleitgremium einzurichten, an dem unter anderem Vertreter des kommunalen Trägers der Jugendhilfe, Träger der Drogen- und Suchthilfe und Prävention sowie der Fachbereiche Gesundheit, Sicherheit und Recht beteiligt sind.

zu 6.3 Antrag des Stadtrates Thomas Schied zum Verbot von Cannabis und Alkohol auf Kinder- und Familienfesten
Vorlage: VIII/2025/00730

Auf Antrag der Stadträtin Frau Haupt wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Haupt
Wir kommen dann zum nächsten Antrag, der Antrag des Stadtrates Thomas Schied zum Verbot von Cannabis und Alkohol auf Kinder- und Familienfesten. Herr Schied, Sie können, wenn Sie möchten darauf nochmal eingehen. Du musst ja nicht einführen, aber Du kannst es. Na dann mach.

Herr Schied
Ja, wie ich darauf gekommen bin, habe ich ja schon zweimal erläutert. Da will ich nicht nochmal länger ausholen. Ich muss aber nochmal kurz was zur Genese des Antrags sagen. Und zwar hat die Linke einen Änderungsantrag gestellt, der das Ganze nicht unbedingt vereinfacht hat. Das hat im Jugendhilfeausschuss zu Verwirrungen gesorgt und wahrscheinlich, dass die Zielführung meines Antrags dadurch vielleicht dem einen oder anderen nicht mehr so ganz klar war. Mir geht es bei meinem Antrag um eine psychoaktive Droge, eine toxische Droge, eine Droge die zu den stärksten krebserregenden Drogen überhaupt gehört. Und die in Zahlen die meisten Abhängigen in Deutschland hat. Also, man redet in Deutschland von 3,4 Millionen Leuten, Menschen, die diese Droge missbräuchlich konsumieren beziehungsweise auch schon teilweise abhängig sind. 7,8 Millionen Menschen in Deutschland nehmen davon zu viel zu sich. Mit gesundheitlichen Folgen. Es geht um Alkohol. Mir geht es in meinem Antrag um den Alkohol. Es steht zwar Cannabis noch mit drauf, aber Cannabis ist in diesem Zusammenhang schon verboten, ich wollte es aber nicht vergessen, weil ich finde genau wie Dr. Wend, man sollte Cannabis gerade im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen nicht verharmlosen und genauso sieht es mit dem Alkohol aus. Mein Antrag geht dahin, dass auf Kinder- und Familienfesten, also auf denen Kinder und Familien hauptsächlich auch zugegen sind, Cannabis und Alkohol, der Konsum, die Mitführung und der Verkauf, verboten werden. Die Linke hat es ein bisschen umgeschrieben, aber ich denke, ich habe den dann übernommen, dann habe ich schon mal sieben Stimmen im Sack und der ist in dem Sinne dann auch zielführend. Denn ich gehe davon aus, die Stadt argumentiert ja mit dem Recht, also sie sagt Cannabis ist ja im Umfeld von Kindern verboten und damit begründet sie das Verbot auf Kinder- und Familienfesten. Und da ich denke, dass die Stadt sich weiter an Recht und Gesetz halten wird, wird sie dann, wenn sie den so geänderten Antrag, wenn wir den durchkriegen, natürlich dann mit Alkohol genauso verfahren. Ich war sehr überrascht, dass im Jugendhilfeausschuss nur wenige Leute zugestimmt haben. Zwei Gründe sehe ich dafür: Der erste ist, dass natürlich durch den Änderungsantrag so ein bisschen Verwirrung entstanden ist und der zweite Grund ist, dass natürlich Alkohol die Volksdroge Nummer eins ist, die am meiste verharmloste Droge, aber die die größten Schäden überhaupt anrichtet in der Gesellschaft. Man sieht es natürlich auch in der Argumentation der Verwaltung, dass die Problematik dort von seitens der Verwaltung nicht so gesehen wird. Die Verwaltung möchte gerne, dass weiter auf Familien- und Kinderfesten Alkohol verkauft werden kann. Interessanterweise, an anderer Stelle sieht die Stadtverwaltung die Problematik des Jugendschutzes. Wenn Sie mal auf einen Spielplatz in Halle gehen, da sind Schilder vorn, da ist Alkohol verboten. Und zwar nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene. Also es ist generell dort verboten. Und es spricht eigentlich auch nichts dagegen, dass man auf Kinder- und Familienfesten keinen Alkohol mehr verkauft. Im Endeffekt kommt dann das Hauptargument der Verwaltung durch, dass Herr Bergner gerade als das schwächste Argument überhaupt bezeichnet hat. Und zwar

argumentiert die Verwaltung, dass natürlich, wenn wir auf dem Beispiel Laternenfest, beim Laternenfest hat die Verwaltung ja Cannabis verboten, aus Kinder- und Jugendschutzgründen, dass man dann damit rechnet, dass die Händler dort weniger verkaufen und es dann wirtschaftliche Einbußen gibt. Die Verwaltung stellt also in diesem Fall den wirtschaftlichen Aspekt über den Kinder- und Jugendschutz. Das finde ich sehr bemerkenswert. Aber, laut Herr Dr. Bergner, ist das ja ein sehr schwaches Argument. Danke für Ihre Unterstützung meines Antrags. Wir haben hier ja auch einen Kinderarzt und wir haben auch einen Arzt, der sich mit der Suchtproblematik beschäftigt, ja, der natürlich mehr mit Nikotinsucht, Herr Haak, ja, aber Alkohol ist natürlich auch ein sehr problematisches, eine sehr problematische Droge und gerade im Kinder- und Jugendalter. Erstens mal ist es so, dass die Schäden im Kinder- und Jugendalter am höchsten sind und dann, wenn man mal auf so eine Suchtkarriere hinblickt, je früher man damit anfängt, desto schwerer ist es, dort wieder rauszukommen. Und desto schlimmer sind die Folgen auch perspektivisch. Ja, jetzt glaube habe ich genug dazu geredet und ich denke mal, ich habe hier den größten Teil der Leute überzeugt, dass Alkohol auf Kinder- und Familienfesten genau wie Cannabis natürlich, nichts zu suchen hat und ich bitte um Zustimmung zu eigentlich unserem Antrag, kann ich jetzt sagen. Danke.

Frau Haupt
Danke. Ich frage die Verwaltung, die Stellungnahme liegt vor. Möchten Sie an der Stelle noch was sagen? Nein. Gut. So, dann geht es jetzt los. Herr Dr. Bergner war der Erste.

Herr Dr. Bergner
Ja, ich habe mich spontan gemeldet, als mich Herr Schied zum Kronzeugen gerufen hat, weil ich vorhin gesagt habe, es, in dem vorherigen Problem, was den Modellversuch mit Cannabis betrifft, ist das wirtschaftlichste Argument das schwächste für mich oder eigentlich gar keins. Es geht um Suchtprävention. Hier geht es um eine ganz andere Frage und vielleicht hatte die Verwaltung nicht den Mut die Frage anzusprechen. Das ist einfach der Umstand, dass in der Kulturgeschichte Europas, in der Kulturgeschichte Deutschlands, Alkohol schon immer eine Rolle gespielt hat. Und dass insofern die Gleichsetzung jetzt mit einer Droge, die in anderen Regionen vielleicht eine dem Alkohol vergleichbare Rolle gehabt hat, von vorn herein, aus meiner Sicht, ein bisschen Barbarei ist. Ganz einfach deshalb, weil mit dem Alkohol gibt es mehr Traditionen und Sitten, die bei einer Verbotsentscheidung zu berücksichtigen sind. Und das sollte man dann auch aussprechen. Im Übrigen, vielleicht damit das auch zu vorherigen Diskussion deutlich ist, nicht zuletzt den chemischen und biochemischen Fortschritt, haben wir eine ständig explodierende Zahl an Drogen, an Suchtmitteln. Ich bin der festen Überzeugung, angesichts dieses Zuwachses, werden wir über Beschränkungen und Verbote überhaupt nicht hinauskommen, weil es uns sonst völlig über den Kopf wächst. Und deshalb ist die Frage, wie man abwägt, wann verbietet man was, eine durchaus respektable Frage, der sich die politisch Verantwortlichen stellen müssen und hier stimme ich dann mit der Stadtverwaltung überein. Es ist absurd auf dem Laternenfest, nur, weil Cannabis nach dem es legalisiert wurde im Cannabiskonsumgesetz, beschränkt wurde, nun zu sagen, dann muss das auch für Alkohol gelten. Das ist, entschuldige, wenn ich es so sage, angesichts der Kulturgeschichte des Alkohols in unserer Gesellschaft oder in unserem Umfeld, ist es geradezu ein barbarischer Ansatz.

Frau Haupt
Darf ich mir nur die Bemerkung, es geht gleich weiter, tagsüber steht drinnen. Aber egal, Herr Thiele und Herr Schmidt sind erstmal auf meiner Liste. Und war das eine Wortmeldung? Gut. Dann bist Du danach dran. So, in der Reihenfolge. Ja, gut.

Herr Thiele
Ja Herr Bergner, ich bin nahezu schockiert, dass wir hier über zwei Substanzen, die eben süchtig machen können, in zweierlei Maß messen und sehr unterschiedlich beurteilen und bewerten. Ich halte dieses kulturgeschichtliche Argument in dem Zusammenhang wirklich für

das Schwächste muss ich sagen. Und ich verstehe das nicht. Ich finde es gerade vor dem Hintergrund, dass wir eben eine halbe, dreiviertel Stunde über den Cannabiskonsum diskutiert haben, in einer Art und Weise, die ich wirklich, also, wo Wissenschaft und soziale Arbeit sich eigentlich einig sind, wo wir wissenschaftliche Argumente abtun, finde ich es wirklich absurd, wie da jetzt gerade diskutiert wird und wie das in zweierlei Art und Weise bemessen wird tatsächlich. Ich wollte tatsächlich dem Antrag nicht zustimmen und neige jetzt dazu, es dann doch zu tun tatsächlich, weil ich das wirklich absurd finde, was da irgendwie von rechts-konservativer Seite hier diskutiert wird. Also ich bin nahezu schockiert. Und das mit dem Begriff der Barbarei, dass erschließt sich mir schon gar nicht. Also das, ich weiß nicht, wo das herkommt.

Frau Haupt
So, ok. Ich sag nochmal die Reihenfolge: Herr Schmidt, Herr Heinrich, Herr Schied, Herr Dr. Wend.

Herr Schmidt
Ja, also ich finde jetzt den Vergleich zwischen Alkohol und Cannabis auch ein bisschen gewagt. Also beides in einen Topf zu werfen ist ein bisschen schwierig. Auch dieses Thema Tradition, Herr Dr. Bergner. Alkohol hat hier in unseren Breitengraden eine Tradition, Cannabis nicht, ist jetzt nicht ganz so richtig. Also die Bauern haben früher auch Knaster geraucht, wenn der Tabak nicht verfügbar oder zu teuer war, und das war eben Hanf. Knaster nannten es die Alten, Vorderen damals. Und das war natürlich nicht zu vergleichen mit heute, was die Hippies damals geraucht waren Cannabis, also mit THC-Gehalt, auch weit drunter, was heute verfügbar ist. Aber so ganz untraditionell ist es eben nicht und der Vergleich aber, Herr Schied, zwischen Alkohol und Cannabis ist, der hinkt wirklich. Hier haben wir nämlich beim Alkohol tatsächlich, ich rede von gesunden, nicht suchterkrankten Menschen, die trinken nämlich Alkohol eher aus Genussgründen und erst dann kommt der Rausch. Natürlich, nach dem zweiten, dritten Bier wird es dann auch immer mehr und immer unkontrollierter ja, wie so ein LKW ohne Bremsen bergab, aber beim Cannabis ist der Genussfaktor nicht dabei. So sehr sich das die einen oder anderen auch einreden wollen, dass die eine Züchtung besser schmeckt als die andere, unterm Strich geht es um den Rausch und das ist das Ziel. Und beim Alkohol ist das, bei einem gesunden Menschen, in der Regel ja nicht der Fall. Also zumindest nicht der Vollrausch. Vielleicht so ein bisschen die gelockerte Zunge, das kommt dann vielleicht noch mit dazu. Aber im Prinzip geh es jetzt nicht in erster Linie um den Rausch. Ja, das nochmal zur Einordnung, dass man beides nicht miteinander vergleichen kann. Also ich glaube auch, Herr Schied, Sie wollen eigentlich auf was ganz Anderes hinaus. Sie wollen tatsächlich nur eine Diskussion aufmachen, was ich durchaus befürworte, eben, weil dieser Vergleich hinkt schon mal allein und auf der anderen Seite bin ich generell ein freiheitlicher Mensch. Ich stehe für Freiheit, auch freie Wahlentscheidung und Eigenverantwortung. Und wer damit nicht umgehen kann, der hat halt einfach mal ein eigenes Problem, was er selbst lösen muss und wo er auch Hilfe kriegt. Die Hilfe wird angeboten. Also im Prinzip haben wir hier eine Diskussion, ich weiß es nicht. Das erschließt sich mir nicht, wozu dieser Antrag hier nötig ist, weil das bringt am Ende einen Unmut in dieses Thema rein. Der Unbeteiligte, der vielleicht nicht weiß, dass Sie hier nur eine Diskussion aufmachen wollen, der sagt, spinnt denn der Schied? Das kann doch wohl nicht wahr sein. Also auf Volksfesten, ich weiß nicht. Vielleicht äußern Sie sich dazu, was tatsächlich Ihr Ansinnen war. Es kann ja nicht sein, dass Sie wirklich wollen, dass der Alkohol auf Volksfesten verboten wird. Das macht wirklich keinen Sinn.

Frau Haupt
Herr Heinrich und dann Herr Schied.

Herr Heinrich
Ja ich sehe auch wie Herr Bergner eine kulturhistorische Tradition des Alkoholgenusses bei Volksfesten. Es ist für mich unvorstellbar ein Volksfest ohne Alkohol. Der gehört zum guten

Essen und Trinken und zur Fröhlichkeit und zur Volksbelustigung dazu. Und ich sehe auch ein ganz praktisches Problem der Durchsetzung. Es gab in den USA die Prohibition. Es gab sicher einige, die den Wehrdienst abgeleistet haben. Ich weiß nicht, im Knast wird ja keiner gesessen haben oder vielleicht war auch jemand im Mädcheninternat. Da ist ja auch immer Alkohol verboten, aber praktisch gibt es dort immer überall was zu Trinken. Also ich glaube schon aus praktischen Gründen, dass das Verbot des Alkohols auf Volksfesten eher ein theoretisches Problem ist und wenn die Leute nichts zu Trinken kriegen, dann bringen sie sich halt was zu Trinken mit und das ändert dann nichts an der Tatsache, dass dann Leute unterwegs sind, die Alkohol konsumiert haben. Dankeschön.

Frau Haupt
Herr Schied ist jetzt dran. Danach Herr Dr. Wend.

Herr Schied
Ja, ich gehe davon aus, dass wirklich ein paar Menschen der Meinung sind, dass ich bescheuert bin, also ich spinne, mit diesem Antrag. Aber der Grund ist einfach, weil der Alkohol so fest verwurzelt ist, in unserer Gesellschaft. Alkohol ist die Volksdroge Nummer eins. Und es ist einfach völlig normal zu Trinken und zu Saufen. Manchmal, nicht bei allen. Zum Thema Genuss könnte man auch was sagen. Es kommt ja immer aus Ihrer Fraktion, dass Alkohol so ein Genussmittel ist. Ja, und wenn ich dann, ich habe es mir nicht gemerkt, 7,8 Millionen riskanter Alkoholgenuss und 3,4 Millionen Missbrauch. Ich glaube nicht, dass die Leute aus Genussgründen Alkohol trinken. Und, es ist natürlich auch so, dass, wenn Sie auf die entsprechenden Seiten gucken, wo es Cannabis zu kaufen gibt heutzutage, wenn man sich so ein Rezept jetzt holt beim Arzt, in Kroatien oder sonst wo, da wird natürlich auch mit verschiedenen Genussorten gearbeitet. Und es ist nicht so ganz von der Hand zu weisen, dass es auch eine Frage des Genusses ist. Also wie jemand abends ein Bier trinkt, vielleicht um, so nach dem Motto, um runter zu kommen, ein Bier zu trinken, rauchen manche halt einen Joint. Das ist jetzt nicht unbedingt der, ich glaube, ich vergaloppiere mich gerade. Aber der Punkt ist hier folgender: Es geht mir nicht um das generelle Verbot von Alkohol auf Volksfesten. Es geht, dass tagsüber auf Kinder- und Familienfesten, ich will es nochmal sagen, tagsüber auf Kinder- und Familienfesten kein Alkohol ausgeschenkt wird. Weil das Ding ist einfach, weil wir eben von Kindheit an lernen, dass es völlig normal ist, dass Alkohol völlig unschädlich ist, dass einfach Alkohol so unschädlich ist wie Cola oder Milch für viele so, also mehr oder weniger. Also ich erinnere nur mal daran, dass mit 14, also ich kenn das aus meiner, das ist nun schon ein paar Jahre her, aus meiner Jugend, mit 14 zur Jugendweihe wurde das erste Mal ordentlich Alkohol getrunken. Und da wurde mächtig gebechert. Und diese Normalität, sollte man mal versuchen ein bisschen aufzubrechen und da wäre jetzt mal ein Hebel denke ich mal, und es wäre gerade gut, dass dann vielleicht auf dem Laternenfest kein Alkohol mehr tagsüber ausgeschenkt wird. Vielleicht fängt dann der eine oder andere an mal an, darüber nachzudenken. Und es gibt Länder, wo Alkohol eigentlich erlaubt ist, wo Alkohol nicht verboten ist, wo aber sowas, wie hier in Deutschland, hier nicht möglich ist. Und wenn wir uns mal überlegen, dass wir zu den zehn Ländern weltweit gehören, mit dem höchsten Alkoholverbrauch, da sollte man mal überlegen, ob man nicht irgendwo mal einen Hebel ansetzen kann. Weil ich denke mal, da ist eine Möglichkeit, einen Hebel anzusetzen. Also, und das ist mein Ansinnen. Es ist vielleicht eine pädagogische Frage und ich denke, wir sollten auch mal ein bisschen mutig sein und vielleicht mal ein Ausrufezeichen setzen. Ja. Danke.

Frau Haupt
Danke. Herr Dr. Wend

Herr Dr. Wend
Ja, vielleicht müssen wir so viel Alkohol trinken, weil wir so viele Überstunden machen, um uns das wegzusaufen.

Frau Haupt
Herr Wend. Kommen Sie mal zur Sache jetzt bitte!

Herr Dr. Wend
Ich finde diese Debatte eigentlich sehr interessant. Sie hat Unterhaltsames, und sie hat auch Ernstes. Und ich würde Deinem Antrag gerne zustimmen, aber es bremst mich etwas. Ich denke, dass alle Seiten hier Recht haben. Ich glaube eben tatsächlich, dass, ich stelle mir zum Beispiel ein Familienfest fest zu Hause vor. Da gibt es aber auch ein Glas Rotwein zum Mittagessen. Den schließe ich doch jetzt nicht weg, bis die Kinder im Bett sind. Und natürlich, was Du gerade so gesagt hast. Also in unserer Familie ist es nicht so, dass so getan wird, dass es was Harmloses ist. Es wird schon darüber gesprochen Das geht dann soweit, dass dann meine Kinder sagen, Papa, Du machst schon das zweite Bier auf, das geht jetzt aber nicht. Und vielleicht haben wir auch einen Fehler gemacht, klarerweise. Das könnte man ja mal in Bayern vorschlagen, Volksfeste ohne Alkohol. Da könnte man bestimmt seine Wahlquote richtig hochtreiben. Bitte, ich verstehe Deinen Impetus, aber wir haben vielleicht einfach auch in unserer kulturellen Entwicklung, die ja so ist, einen Fehler gemacht. Das ist ja nicht auszuschließen. Es hat diese kulturelle Entwicklung gegeben. Ob sie gut ist, steht auf einem anderen Blatt. Aber es gibt sie und ich glaube auch, dass man wirklich schwer da eine Akzeptanz für bekommt. Und jetzt könnte man natürlich auch so argumentieren und könnte sagen, den Fehler, den wir beim Alkohol gemacht haben, lass uns den nicht noch woanders wiederholen. Dass ist natürlich als fies bezeichnet, diese Argumentation, aber der könnte man auch folgen, es ist ein Blick darauf. Ich finde, dass Du vollkommen Recht hast, diesen Kontext Jugendliche Alkohol, Familie Alkohol, dass das eine schwierige Sache ist. Ich halte das, mal ganz ehrlich, jetzt mal wirklich, ein zum Beispiel Laternenfest mit einem kompletten Alkoholverbot tagsüber. Das halte ich für, ja, also da könnte ich mir vorstellen, dass die Leute sagen, also jetzt sind die Stadträte endgültig durchgeknallt. Ich glaube einfach, da müssen wir auch ein bisschen hinnehmen, wie der Blick darauf ist. Und ich glaube, in dem Fall hat auch die Stadtverwaltung Recht, in dem sie sagt, der Ansatz, was Du zu Recht sagst, vielleicht ein zu leichtfertiger Umgang mit Alkohol, da müssen wir, glaube ich, woanders ansetzen. Das ist, glaube ich, das Laternenfest, sag ich mal, oder Familienfest, nicht der erste Ansatzort um diese Erziehungarbeit zu leisten. Ich glaube diese Erziehungsarbeit sollte woanders geleistet werden. Ich verstehe den Impetus Deines Antrags, ich werde mich aber dazu heute enthalten. Ich glaube, wir sollten da, um dieses Problem zu bearbeiten, nicht am Laternenfest anfangen, sondern woanders. Das ist meine Anregung dazu.

Frau Haupt
Gut. Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Doch. Herr Schied.

Herr Schied
Mein Antrag zielt nicht darauf hinaus, dass wir irgendwie anfangen damit. Man muss an vielen Stellen anfangen. Aber gerade das Laternenfest hat in der Hinsicht schon, könnte Vorbildcharakter haben. Und natürlich, haben wir auch schon an anderer Stelle angefangen und ich weiß nicht, was das für ein Argument jetzt ist. Also man hat Angst vor der Bevölkerung, dass man für bekloppt erklärt wird. Damit muss man umgehen können. Dass muss man aushalten können.

Frau Haupt
Ok. Ich denke, die Argumente sind auch hier jetzt ausgetauscht. Und ich würde gerne zur Abstimmung kommen. Die sachkundigen Einwohnerinnen sind wieder gefragt. Wer dem Antrag zustimmen würde, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Eine. Wer stimmt dagegen? Eine. Und wer enthält sich? Vier. Der wäre abgelehnt bei dem Votum der sachkundigen Einwohner. So, ich frage jetzt die Stadträte. Wer stimmt dem Antrag zu? Eine. Wer stimmt dagegen? Sechs. Wer enthält sich? Vier. Hier ist es deutliche eine Ablehnung. Ich danke Ihnen. Bis zum Stadtrat ist ja noch Zeit. Vielleicht gibt es ja nochmal eine

Änderung oder so.

Ende des Wortprotokolls.

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: **mit Patt abgelehnt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

~~Auf allen Kinder- und Familienfesten, die in unserer Stadt stattfinden (z.B. Laternenfest), gilt ab sofort, dass auf dem gesamten Veranstaltungsgelände ein Verkaufs-, Mitführ- und Konsumverbot von Cannabis und Alkohol herrscht. Dieses Verbot soll zumindest tagsüber gelten.~~

Auf allen Kinder- und Familienfesten, die in unserer Stadt stattfinden (z.B. Laternenfest), gilt ab sofort: Wenn auf dem gesamten Veranstaltungsgelände ein Verkaufs-, Mitführ- und Konsumverbot von Cannabis festgesetzt wird, gilt diese Festsetzung ebenso für den Konsum und den Verkauf von Alkohol.
Dieses Verbot soll tagsüber gelten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Jahresplanung 2025 Vorlage: VIII/2025/00892

Frau Haupt informierte, dass die Jahresplanung 2025 unter TOP 7.1 Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7.2 Berichterstattung Jobcenter zum Arbeitsmarkt, Bildung und Teilhabe etc.

Herr Kaltofen berichtete über den Arbeitsmarkt, Bildung und Teilhabe. Der Bericht ist als Anlage unter TOP 7.2 im Session hinterlegt.

Er machte darauf aufmerksam, dass sich die Jahresplanung 2025 bei dem Thema „Arbeitsmarktintegrationsprogramm 2025-2030“ auf Grund der aktuellen politischen Entwicklungen auf Bundesebene voraussichtlich bis Ende des Jahres schieben wird. Eine Strategie aufzubauen ohne gesetzliche Grundlage gestaltet sich als schwierig.

Herr Heinrich fragte, ob es erklärbar ist, warum pflegerische Arbeitskräfte meist über Zeitarbeitsfirmen angestellt sind.

Herr Kaltofen antwortete, für einige Einrichtungen ist es bei vorübergehenden Bedarfslagen einfacher, Personal über Zeitarbeitsfirmen zu akquirieren. Diese Stellen müssen mit

Fachkräften besetzt werden, die über das Jobcenter häufig nicht vermittelt werden können. Dort steht die Vermittlung von Helfern im Vordergrund. Die Vergütungen bei Zeitarbeitsfirmen sind heutzutage sehr gut.

Herr Hemming fragte, woher der Unterschied im Bereich Bildung und Teilhabe zwischen Magdeburg und Halle zu Stande kommt.

Herr Kaltofen antwortete, dass die Leistungen im Bereich Bildung und Teilhabe in Magdeburg in der Statistik anders abgebildet werden als in Halle. Außerdem vermutet er, dass die Angebote in Magdeburg bei den Eltern weniger bekannt sind.

Frau Brederlow sagte, dass die Inanspruchnahme in Halle traditionell deutlich höher ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.3 Mitteilung zum Stand Ausgabe Bezahlkarten

Frau Ernst informierte, dass 993 Bezahlkarten (Stand 11.03.2025) an Asylsuchende ausgegeben wurden. In den kommenden Tagen erfolgen vereinzelt noch weitere Ausgaben. Die monatliche Information im Ausschuss kann mit Abschluss der Ausgabe somit beendet werden.

Weiter sagte sie, dass das Land hinsichtlich der Gutscheinaktionen keinen Handlungsbedarf sieht.

Frau Haupt sagte, dass die Ausgabe von 1200 Bezahlkarten geplant war, aber nur 993 Karten ausgegeben wurden und sie möchte wissen, woher die Differenz kommt.

Frau Ernst antwortete, dass die Zahl der damaligen Schätzung entsprach.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zum Gewaltschutz für Frauen in Halle Vorlage: VIII/2025/00884

Frau Haupt informierte, dass die Antwort der Verwaltung im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Suchantke erläuterte einige Punkte aus der Anlage.

zu 8.2 Herr Hemming zum Ombudsmann für Soziales

Herr Hemming fragte, ob der Ombudsmann für Soziales Herr Rochau noch im Dienst ist.

Frau Brederlow antwortete, dass er noch im Dienst ist und unter den bekannten Kontaktdaten zu den Sprechzeiten erreicht werden kann.

zu 8.3 Herr Wend zur Positiv- Negativliste

Herr Dr. Wend fragte, wie der Sachstand bei der Positiv- und Negativliste ist bei den Bezahlkarten ist.

Frau Ernst antwortete, dass das Land die Liste teilweise zur Verfügung gestellt hat. Sie ist jedoch noch nicht vollständig.

zu 8.4 Frau Haupt zu Problemen bei Überweisungen

Frau Haupt fragte, ob es bei den Überweisungen noch Probleme gibt, zum Beispiel bei dem Kita-Essen.

Frau Ernst sagte, dass es dazu Nachfragen gibt. Die Stadtverwaltung unterstützt bei auftretenden Problemen und Fragen.

Herr Dr. Wend fragte, ob die Positiv-Negativliste öffentlich einsehbar sein wird.

Frau Ernst antwortete, dass seitens des Landes aktuell keine Veröffentlichung vorgesehen ist.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Hemming zur nächsten Sitzung des SGGA im April 2025

Herr Hemming regte an, den nächsten Ausschuss am 08.04.2025 im Haus der Wohnhilfe abzuhalten.

Frau Brederlow nahm die Anregung auf.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Die Ausschussvorsitzende **Frau Haupt** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Guido Haak
stellvertretender
Ausschussvorsitzender

Sophia Waldowski
stellvertretende Protokollführerin